

**Beschluss des Landesvorstandes im Umlaufverfahren vom 1. April 2020****In der Krise zusammenhalten**

Die Erkrankung COVID-19 breitet sich weltweit rasant aus. Von dieser Entwicklung ist auch Mecklenburg-Vorpommern betroffen. Die Epidemie ist für alle Menschen, für jede Familie, für Vereine und Unternehmen eine enorme Belastung. Jetzt wird nochmal deutlich, wie wichtig eine solidarische Gesellschaft ist. Lasst uns in dieser schweren Zeit zusammenhalten und füreinander da sein!

Der Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern bedankt sich bei allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich besonnen, umsichtig und hilfsbereit verhalten. Unser besonderer Dank gilt all jenen, die für die Gesundheit, das Wohlergehen und die Versorgung der Bevölkerung eine aufopferungsvolle und unverzichtbare Arbeit leisten. Dankbar sind wir auch für die Engagierten in der Nachbarschaftshilfe, die sich um alle kümmern, die Unterstützung brauchen.

Doch Danke sagen allein reicht nicht. Vielmehr müssen wir uns vornehmen, für alle Beschäftigten, die uns jetzt stützen, auch nach der Krise da zu sein. Gute Löhne und beste Arbeitsbedingungen sind der beste Weg, Danke zu sagen.

**Die Demokratie schützen!**

Das Wichtigste ist die Gesundheit unser Einwohner\*innen - keine Frage! Doch als politische Kraft sorgen wir uns auch um die Demokratie. Momentan handeln Regierungen und Behörden oftmals alleine, ohne die demokratische Kontrolle, die sonst üblich ist. Normalerweise diskutiert man, es gibt einen Streit um die besten Ideen, man wägt ab und entscheidet mehrheitlich. Doch in dieser Krisenzeit finden kaum Sitzungen statt und gewählte Politiker\*innen müssen aufpassen, dass Entscheidungen von Vielen und nicht nur von wenigen Einzelnen getroffen werden.

Die Grundrechte müssen geschützt, die Rechte und Pflichten der Demokratie erfüllt werden. Wir erwarten von Mitgliedern der Regierung und auch von den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, dass sie alle Möglichkeiten nutzen, um sich abzusprechen. Telefone, Videokonferenzen und andere Wege müssen genutzt werden. Alleingänge sind auf die Dauer schädlich für die Errungenschaften der Demokratie.

**Jetzt merken wir, wo es hapert.**

Aktuell steht der Kampf gegen das Coronavirus im Mittelpunkt und in so einer schwierigen Situation erleben alle, wo es hapert und, dass wir als Bundesland besser vorbereitet sein müssen. Unser Gesundheitssystem wurde auf Effizienz gebürstet und nun spüren wir die

Folgen. In Bezug auf unsere Gesundheit, ging es doch immer nur um's Geld. Und weil es immer nur um's Geld ging, fehlen jetzt Fachkräfte, Beatmungsgeräte, Schutzmaterialien, Intensivbetten und Desinfektionsmittel. Dieser Missstand beweist erneut: Gesundheitliche Vorsorge darf nicht gewinnorientiert sein! Die Landesregierung muss jetzt einen Fonds zur Rückübertragung privater Kliniken in öffentliches Eigentum einrichten sowie einen Landeskrankenhausbetrieb gründen. Unsere Gesundheit gehört in öffentliche Hände!

Aktuell ist zu beobachten, dass sich einzelne Unternehmen an der Not der Menschen bereichern. Preise steigen, nur weil bestimmte Produkte in der Krise Gewinne abwerfen. Wucher und Gier gehören geächtet.

Mecklenburg-Vorpommern braucht eine Landesreserve für Schutzmaterialien und Desinfektionsmittel. Diese Reserve müssen wir aufbauen, um im Fall der Fälle gewappnet zu sein. Außerdem soll sich die Landesregierung auf Bundesebene dafür einsetzen, dass sich hier im Land mehr Unternehmen ansiedeln, die Medikamente herstellen.

### **Soziale Gerechtigkeit ist wichtiger denn je!**

Und wieder erleben wir, wie wichtig soziale Netzwerke sind. Es sind Vereine und Verbände, Initiativen und Bürger\*innenbewegungen, die unsere Gesellschaft aufrecht erhalten. Wir wollen sie langfristig stärken. Eine Maßnahme ist, dass sie höhere Rücklagen bilden dürfen, sprich, sie können ein finanzielles Polster aufbauen. Einrichtungen, die Menschen in schwierigen Lebenslagen beraten und unterstützen, müssen vom Staat genug Geld bekommen.

Wer darüber redet, soziale Netzwerke zu stärken, muss an die Familie denken. Familien stärkt man, wenn man eine Kindergrundsicherung einführt. Das heißt, jede Familie erhält pro Kind eine finanzielle Unterstützung. Für die Kleinsten (0-5 Jahre) erhalten die Eltern 520 Euro, für die 6-13-Jährigen 603 Euro und für die 14-17-Jährigen 630 Euro.

Wenn wir über unser Kinder reden, wollen wir auch an Oma und Opa denken. M-V muss gegenüber dem Bund auf die verbindliche Einführung der Grundrente zum 1. Januar 2021 drängen und verlangen, dass die zur Einführung der Grundrente erforderliche Aufstockung des Personals bei der Deutschen Rentenversicherung unverzüglich erfolgt.